

sie zwar gemeinsam gehen, in denen aber von adäquater Förderung dieser Kinder nicht die Rede sein kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Kastner. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Es wird eine **Überweisung** des **Antrages** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8879** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** vorgeschlagen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

6 Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulausbau-gesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8290

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8935

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Drucksache 14/8895

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und gebe als erstem Redner Herrn Dr. Brinkmeier von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der gerade von der Bundesbildungsministerin Annette Schavan vorgelegte Berufsbildungsbericht 2009 zeigt: Es braucht eine vorausschauende Politik, um künftigen Fachkräftemangel zu verhindern.

Wir wissen, es gibt motivierte, es gibt qualifizierte Schulabsolventen. Sie brauchen einen Ausbildungsplatz, und sie brauchen auch gegebenenfalls einen Studienplatz an einer Hochschule hier in Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir die besten Köpfe in unserem Land behalten wollen, dann brauchen diese jungen Menschen die besten Ausbildungsbedingungen. Sie brauchen die besten Lern- und die besten Forschungsbedingungen. Wir brauchen Fachkräfte. Wir brauchen Ingenieure und Absolventen auf dem Gebiet der Mathematik, der Informatik, der Naturwissenschaften und der Technik, den sogenannten MINT-Fächern.

Damit diese Bereiche an unseren Hochschulen nicht von überhöhten Auslastungsquoten belastet werden, müssen dringend weitere Kapazitäten geschaffen werden. Das tun wir. Ein wesentliches Element ist das nun zu verabschiedende Gesetz.

Mit dem heute vorliegenden Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen schaffen wir tatsächlich einen wichtigen Baustein, sodass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen diesem Bedarf gerecht werden können. So stärken wir die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie den Plenarsaal hier verlassen, finden Sie linker Hand im Foyer einen Informationsstand der Fachhochschulen hier im Lande Nordrhein-Westfalen. Diese Gemeinschaft, die sich dort repräsentiert, wird nun um drei Mitglieder erweitert. Die drei neuen Fachhochschulen – Hamm-Lippstadt, Nördlicher Niederrhein oder Rhein-Waal, wie wir sie abschließend nennen werden, und Westliches Ruhrgebiet werden regionale Lücken schließen und auch Regionen stärken, die vom Strukturwandel geprägt sind.

Die Fachhochschule Hamm-Lippstadt plant unter anderem das Studienangebot Automotive Technology, also automobilnahe Technologien, Maschinenbau und Mechatronik/Elektrotechnik. Dabei spielt vor allem der regionale Wirtschaftsbedarf eine große Rolle, um Ingenieur Nachwuchs stärker an die Region zu binden. Kooperationen werden unter anderem bei der Nutzung moderner Labore der örtlichen Unternehmen bestehen. Die Wirtschaft beteiligt sich dort über Stiftungsprofessuren.

Mit der Fachhochschule Rhein-Waal, die unter anderem anstrebt, auf dem Feld E-Government tätig zu werden, wird vor allem der regionalen Unterversorgung mit Studienplätzen begegnet, wobei sich auch hier die regionale Wirtschaft in besonderer Weise engagiert.

Die Fachhochschule Westliches Ruhrgebiet zeichnet sich laut der Jury, die die Standorte ausgewählt hat, vor allem mit den Sparten Energie und Infrastruktur durch den fachlichen Bezug zur regionalen Wirtschaft aus, berücksichtigt aber zugleich den überregionalen Bedarf Nordrhein-Westfalens im druck- und medientechnischen Bereich oder der Medizintechnik. Gerade dieser Hochschulstandort gliedert sich in eine Region ein, die vom Strukturwandel betroffen ist, wo also dringend qualifizierte Fachkräfte benötigt werden, um auf Dauer eine

leistungsfähige Industrie in der Region und in Nordrhein-Westfalen halten zu können.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Darüber hinaus – auch das lesen Sie im Gesetz – werden acht bestehende Fachhochschulen ausgebaut, zum Teil an neuen Standorten.

Die Anhörung hat gezeigt, dass das Gesetz begrüßt wird und nur Detailfragen zu klären sind. Dass die Modernisierung und Erweiterung eines bestehenden Systems auch auf Kritik trifft, ist verständlich. Aber die Rückmeldungen aus der Fachwelt vermitteln uns den Eindruck, dass die Hochschulen und insgesamt die Regionen den Schub des Wettbewerbs für innovative Ansätze nutzen. Das begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Das ist Teil unserer Politik.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Die Anhörung hat auch gezeigt, dass sich die Wirtschaft in allen Regionen, gerade auch im westlichen Ruhrgebiet, mit großem Engagement beteiligt. Solch eine Kooperation und Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und immer auch der lokalen politischen Unterstützung ist genau das, was wir brauchen. Neben dem regionalen Bedarf an Studienplätzen war auch die Zusage der Wirtschaft, sich für duale Studiengänge zu engagieren, ein Kriterium für die Standortauswahl.

Das zeigt, dass die Bedeutung dieses Gesetzes nicht nur in den zusätzlich geschaffenen 11.000 Studienplätzen – ich rechne den Gesundheitscampus mit ein – liegt, sie sind auch durch die Umstellung auf das 12-jährige Abitur und damit den doppeltem Abiturjahrgang 2013 sowie einer generellen Übernahme der Studierenden – wir wissen das – von großer Bedeutung.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass das Land Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 insgesamt 1,3 Milliarden € zusätzlich für den Ausbau von Fachhochschulen investiert. 1,3 Milliarden € ist eine gewaltige Summe. Sie ist notwendig. Ich glaube, wir machen hier den richtigen Schritt. Mit den staatlichen Gründungsbeauftragten und designierten Präsidentinnen und Präsidenten übernehmen erfahrene und fachlich versierte Persönlichkeiten die Verantwortung für den Aufbau neuer Strukturen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich wirklich über die Dynamik, die die Regionen im Rahmen des Fachhochschulausbaus ergriffen hat. Diese Dynamik ist positiv, sie ist richtungweisend und auch zielgerichtet. Denn diese Dynamik wird dazu beitragen, dass Nordrhein-Westfalen Mitte des nächsten Jahrzehntes das Innovationsland Nummer eins in Deutschland sein wird. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die SPD spricht der Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Brinkmeier, es ist in der Tat so, dass hier in der Lobby gutes Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wird. Ich kann nur empfehlen, die Informationen auch zu lesen und richtig auszuwerten.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE] – Christian Lindner [FDP]: Was wollen Sie denn damit sagen?)

– Das, was ich gesagt habe, Herr Kollege.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist immer so geheimnisvoll!)

Das ist so ähnlich, wie wenn man Protokolle von Anhörungen auswertet und zu Ergebnissen kommt, die mit dem, was in der Wirklichkeit stattgefunden hat, nicht übereinstimmen. Ich bin da immer sehr...

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Herr Kuhmichel, ich bin immer sehr für eine quellenkritische Analyse dessen, was in den Protokollen steht, und dafür, dass man sich nicht die Dinge schönredet, wie Sie das hier tun.

Es gab in der Anhörung sehr viele Kritikpunkte und auch Anregungen, von denen im Wesentlichen nichts in dem Gesetzentwurf Eingang gefunden hat, bis auf die Anregung, die Fachhochschule ganz im Westen des Landes Rhein-Waal zu nennen. Man kann sich darüber unterhalten, ob das eine adäquate Bearbeitung von Anhörungsergebnissen ist.

Meine Damen und Herren, Ministerpräsident Rüttgers hat im Mai 2007 ohne Rücksprache mit den Mitgliedern der Landesregierung – das ist dort auch ein interessantes Verfahren – angekündigt, durch eine Fachhochschulinitiative an den staatlichen Fachhochschulen neue Studienplatzkapazitäten zu schaffen.

In einem wettbewerblichen Verfahren sollte entschieden werden, wie die Initiative umgesetzt wird. Dabei – ich möchte das einmal in Erinnerung rufen – wurden folgende Optionen öffentlich benannt: erstens die Gründung neuer Fachhochschulen an verschiedenen Standorten, zweitens der Ausbau bestehender Fachhochschulen an bestehenden Standorten, drittens die Ausgliederung einer oder mehrerer Abteilungen vorhandener Fachhochschulen zu Dependancen an neuen Standorten und schließlich viertens die Ausgliederung einer oder mehrerer Abteilungen vorhandener Fachhochschulen zu neuen Fachhochschulen.

Meine Damen und Herren, dadurch wurde – bevor die Zielrichtung und die Rahmenbedingungen dieses Wettbewerbs überhaupt bekannt waren – eine

unkoordinierte und unnötige Standortdebatte ausgelöst, die fast ein ganzes Jahr andauerte. Dieser grundsätzliche handwerkliche Fehler führte nicht zu der gewünschten Aufbruchstimmung, sondern zu einer breiten Enttäuschung in diesem Land. Denn von den vielen Standorten, die sich mit vielen guten Ideen bewerben wollten – es waren sehr viele gute Ideen dabei –, mussten zwangsläufig viele in ihren Hoffnungen enttäuscht werden.

Das Ganze wurde noch durch eine Juryentscheidung bekräftigt, in die dann seitens der Landesregierung offensichtlich doch eingegriffen wurde. Anders ist Kleve/Kamp-Lintfort oder ein Standort mit 40 Studienplätzen wie auch der Protest seitens der Kommunen nicht zu erklären.

Ich möchte hier noch einmal klarstellen, was für uns der allerwichtigste Punkt ist. Denn lediglich 8 % mehr Studierende an Fachhochschulen sind zu wenig. Die Landesregierung hat erklärt, dass sie mittelfristig 11.000 flächenbezogene Studienplätze durch die Fachhochschulinitiative schaffen will.

Nun muss jeder wissen, wie der Berechnungsmodus aussieht. 11.000 flächenbezogene Studienplätze hört sich zunächst einmal gut an, aber Sie müssen natürlich bedenken, dass jeder Studierende einen Studienplatz über einen längeren Zeitraum belegt, sodass sich die Gesamtzahl der Studierenden, die damit erreicht wird, reduziert.

An unseren Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen haben zum letzten Wintersemester insgesamt ca. 120.000 Studierende studiert. Es handelt sich bei der Initiative also lediglich um eine Steigerung von rund 8 %. Bezogen auf die insgesamt 460.000 Studierenden des letzten Wintersemesters bleibt sogar nur ein Plus von 2 % übrig. Berücksichtigt man, dass 2013 ein doppelter Abiturjahrgang an die Hochschulen strebt, meine Damen und Herren, ist die Initiative an dieser Stelle absolut unzureichend.

Andererseits wäre angesichts der Geburtenentwicklung ein dauerhafter massiver Ausbau kontraproduktiv. Wir wissen alle, dass ab 2020 die Demografie in eine ganz andere Richtung geht. Wir sollten im kommenden Jahrzehnt temporäre Kapazitäten, Räume und Infrastrukturen schaffen und nicht Geld in Beton gießen. Es war auch ein Ergebnis der Anhörung, ein sozusagen atmendes System aufzubauen. Aber das, was Sie hier mit diesem Fachhochschulausbaugesetz schaffen, ist eben kein atmendes System, sondern ein System, dem schlussendlich die Luft ausgehen wird. In jedem Fall darf eines nicht passieren: Die Untertunnelung des Studentenbergs 2013. Die langfristigen sozialen Folgekosten wären unbezahlbar.

Fachhochschulen brauchen mehr, meine Damen und Herren. Die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen leisten einen großen Beitrag zur Innovation und Infrastrukturentwicklung. Wir müssen sie

darin unterstützen. Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Fachhochschulen prüfen, inwieweit eine Verbesserung der Rahmenbedingungen aller Fachhochschulen möglich ist. Es gibt in der Tat reichlich Informationsmaterial draußen in der Lobby, dessen man sich bedienen sollte.

Insbesondere muss eine Prüfung weiterer dienst- und besoldungsrechtlicher Verbesserungen für Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen vorgenommen sowie die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten verbessert werden. Die Möglichkeiten der gemeinsamen Promotion zwischen Universitäten und Fachhochschulen für besonders befähigte Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen müssen gestärkt und die Perspektiven in der beruflichen Entwicklung von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen im öffentlichen Dienst unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips und von Kostenneutralität erweitert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Anhörung wurde eindeutig bestätigt, dass das Vorgehen der Landesregierung in fast allen Punkten zu kritisieren ist. Die neuen Standorte sind zu klein, zum Teil willkürlich ausgewählt und erfüllen nicht die gehobenen wissenschafts- und regionalpolitischen Standards, die Nordrhein-Westfalen bei Fachhochschulen bisher gesetzt hat.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion unterstützt daher den Aufbau weiterer Studienkapazitäten und Studienplätze, die Modalitäten und das Wie allerdings nicht. Deshalb wird sich die SPD-Landtagsfraktion bei der Abstimmung über das Fachhochschulausbaugesetz der Stimme enthalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Für die Fraktion der FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Die FDP-Fraktion freut sich, dass wir nach einigen Monaten der Beratung innerhalb der Regierung und innerhalb dieses Hauses heute einen ganz erheblichen Schritt weiterkommen in unserer nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft.

(Beifall von der CDU)

Wir diskutieren heute über die Gründung von drei neuen Fachhochschulen. Das ist ein richtiges Signal in dieser Zeit, in der wir mit einem Fachkräftemangel konfrontiert sind, in der wir uns auf einen doppelten Abiturjahrgang vorbereiten müssen und in der junge Menschen ihre Chancen suchen.

Wir haben in der Anhörung, die ich anders erlebt habe als Herr Schultheis, für unseren Ansatz Bestä-

tigung gefunden. Eine Alternative zur Gründung von drei neuen Fachhochschulen wäre ja gewesen, ausschließlich bestehende Standorte auszubauen. Grüne und Sozialdemokraten habe ich oft in der Weise verstanden, dass das ihre Priorität gewesen wäre.

Wie passt das aber mit der Diskussion zusammen, die wir am heutigen Vormittag über die Industriepolitik hier in Nordrhein-Westfalen geführt haben? Dort hat der Abgeordnete Groschek für die SPD bemängelt, dass wir als neue Koalition Fördermittel nur noch wettbewerbsfähig in Regionen geben wollen, nicht mehr problemorientiert. Das heißt, wir fördern mit den Landesmitteln, auch mit Mitteln der Europäischen Union, nicht mehr strukturschwache Räume, sondern nur noch beste Projekte. Das hat er kritisiert. Das ist aber unsere Politik.

(Heike Gebhard [SPD]: Leider!)

– Moment, warten Sie mit Ihrem Zwischenruf, Frau Gebhard! Mit der Gründung von neuen Fachhochschulen indes, die wir problemorientiert auch nach Strukturhilfegesichtspunkten hier im Land vergeben haben, wollen wir aber die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stärken, Frau Gebhard,

(Beifall von FDP und CDU)

damit sie in der Lage sind, bei den anderen wettbewerbs- und qualitätsorientierten Programmen auch zu reüssieren. So wird da ein Schuh daraus: einerseits die finanziell unterstützten Programme im Wettbewerb dorthin zu vergeben, wo am besten mit dem Geld umgegangen wird, und dann andererseits die Grundlagen für Erfolg etwa durch die Gründung von neuen Fachhochschulen zu schaffen.

(Beifall von der FDP)

Das ist ein Gesamtansatz, den Sie bislang nicht gewürdigt und nicht nachvollzogen haben.

In dem Ansatz werden wir auch unterstützt; das hat Kollege Brinkmeier dargestellt. An jedem einzelnen der drei neuen Standorte geht auch die Wirtschaft mit ins Geschirr, etwa dadurch, dass sie Stiftungsprofessuren mitfinanziert oder dass sie den Zugang zu Laborinfrastruktur und anderem öffnet.

Nun ist von Herrn Schultheis weiter beklagt worden, dass die neuen Standorte etwa zu klein seien.

(Karl Schultheis [SPD]: Das sind Mikrostandorte!)

– Da nicken Sie auch noch und bestätigen das.

Der gleiche Herr Schultheis, der hier das hohe Lied gesungen hat, man müsste Anhörungen auch ganz genau auswerten, und man dürfte Anhörungen nicht nur im Sinne der eigenen politischen Auffassung interpretieren, behauptet jetzt, das seien Mikrostandorte, die nicht lebensfähig seien. Hätten Sie Ihren eigenen Anspruch, Anhörungen präzise auszuwerten, berücksichtigt, hätten Sie das so hier

nicht sagen dürfen. Denn zum Beispiel sagt der Vertreter der Kanzler der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen in der Anhörung auf die Frage von Frau Dr. Seidl nach der Mindestgröße von Hochschulen:

Ich wurde gefragt, wie groß ein Hochschulstandort sein müsse, um vernünftig betrieben werden zu können. ... Jeder Standort zwischen 1.500 und 2.000 Studierenden. Das funktioniert.

(Karl Schultheis [SPD]: Es sind noch kleinere Standorte dabei!)

– Es gibt natürlich Nebenstellen, lieber Herr Schultheis.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Aber die einzelnen Fachhochschulen haben schon die Größe, die ich hier genannt habe.

Ich will es mir nicht so einfach machen, aber machen Sie es sich bitte auch nicht so einfach!

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn man eine Anhörung präzise auswertet, muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass es auch innerhalb einer Anhörung Meinungen und Gegenmeinungen gibt. Herr Schultheis, Sie erwecken mit dem Ihnen eigenen sehr selbstbewussten Auftreten immer den Eindruck, dass Ihre Meinung immer die einzig richtige sei und alle Experten würden unisono immer genau Ihre Meinung vertreten. Ich habe die Größe zu sagen, dass es natürlich auch Experten gibt, die eine fundierte Meinung haben, die uns aber jetzt nicht unterstützt. Das mag so sein. Im Übrigen haben aber auch Sachverständige unterschiedliche Interessen und kommen deshalb zu ihrer jeweiligen Einschätzung. Insofern: Was die Größe angeht, haben wir keine Bedenken.

(Karl Schultheis [SPD]: Herr Lindner, das war jetzt ein sehr bescheidenes Auftreten!)

– Herr Schultheis, wenn Sie etwas zu bemängeln haben, dann schalten Sie sich doch noch einmal in die Debatte ein oder stellen Sie eine Zwischenfrage.

Ich will auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen, der von der SPD auch in der Ausschussberatung kritisiert worden ist. Ich war leider auf einer Dienstreise und habe das nicht selbst mitverfolgen können, aber ich habe das dem Protokoll und der Beschlussempfehlung entnommen. In der Ausschussberatung ist kritisiert worden, dass die Zusammensetzung der Fächer nicht adäquat sei. Wir haben uns als Koalition auf die MINT-Fächer konzentriert, also auf die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das ist von Ihnen kritisiert worden. Wir halten das aber für alternativlos; denn das sind in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen die Bereiche, die wir stärken müssen, wenn wir unseren Wohlstand auch in der Zukunft behaupten wollen.

Damit ist nichts, überhaupt nichts gegen die Bedeutung von Geistes- und Sozialwissenschaften gesagt. Aber da haben wir eben keinen Nachholbedarf, sondern schon viele Studien- und Forschungsmöglichkeiten. Indes fehlen Studienplätze im Bereich der Ingenieurwissenschaften und der Technikwissenschaften.

Deshalb war es in der Gesamtwahrnehmung unserer Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen richtig, dass sich die Landesregierung beim Ausbau auf die MINT-Fächer konzentriert hat.

Es gibt einen dritten Aspekt, den ich herausgreifen will – dazu gibt es auch eine Änderungsinitiative von Bündnis 90/Die Grünen –, nämlich die Bestellung von Hochschullehrern. Hier sieht das Gesetz in § 38 vor – Herr Groth, ich wollte mich gerade zu Ihrem Änderungsantrag positionieren, das Argument ist vielleicht auch für Sie wichtig –,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ich höre Ihnen zu! Ich habe Ihr Buch doch schon gelesen!)

dass es möglich ist, auch ohne ein formales Ausschreibungsverfahren Professorinnen und Professoren für die Hochschule zu gewinnen. Das nehmen Sie zum Anlass zu sagen: Nein, wir wollen das übliche Verfahren unter Beteiligung der Gruppen innerhalb der Hochschule durchführen.

Die Landesregierung hat sich für eine Abweichung im Einzelfall entschieden. Meine Fraktion unterstützt das. Ich halte das nach wie vor für richtig. Gerade bei der Neugründung von Hochschulen, aber gleichermaßen auch bei bestehenden Hochschulen muss es möglich sein, proaktiv hochqualifizierte Kräfte aus dem privaten Bereich für die Hochschullehre zu gewinnen. Das hört sich etwas nebulös an. Mit proaktiv ist das klassische Headhunting gemeint. Man hat für eine bestimmte Stelle jemanden Hochqualifizierten im Blick, den man haben möchte.

Das von Ihnen vorgeschlagene andere Verfahren geht davon aus, dass sich Kandidaten auf eine ausgeschriebene Stelle selbst bewerben müssen. Es lässt aber außer Betracht, dass wir für die Hochschullehre stärker auch diejenigen gewinnen können, die in Forschung und Wirtschaft Führungsaufgaben wahrnehmen und die wir an den Hochschulen brauchen.

Der Vertreter der Kanzlerkonferenz der Universitäten hat diese Regelung des Fachhochschulausbaugesetzes in der Anhörung ausdrücklich begrüßt, wenn sie im Einzelfall angewendet wird. Nichts anderes ist beabsichtigt.

Ich komme zum Schluss. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt und mit dem Ausbau der Fachhochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen ein Projekt begonnen, das ganz wesentlich dazu beiträgt, dass das Land Nordrhein-Westfalen in der Innovationspolitik im Wettbewerb der Bundesländer ganz vorne stehen kann. Es schafft die Voraussetzungen

dafür, dass junge Menschen in Nordrhein-Westfalen qualitätsvolle Berufsperspektiven finden. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! NRW steht in dieser Frage eben nicht ganz vorne, Herr Lindner. Das liegt auch daran, wie Sie diesen Gesetzentwurf und diesen Wettbewerb gestaltet haben.

Es kommt zu Studienorten mit 40 Studenten. Das ist keine Größe, bei der man vernünftig studieren kann. Das ist so etwas wie eine Fernuniversität. Ein kleiner Studienort der FH Gelsenkirchen in Ahaus hat 40 Studentinnen und Studenten. Das ist aus unserer Sicht Quatsch. Wir wollen natürlich auch in die Breite gehen. Sie hätten das aber anders machen müssen: schneller, effizienter und kostengünstiger.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines sagen, damit nach dem, was wir hier alles gehört haben, kein falscher Zungenschlag in die Debatte kommt.

Erstens. Wir Grünen begrüßen ausdrücklich jeden einzelnen Studienplatz, der in diesem Lande geschaffen wird, und zwar nicht nur an Fachhochschulen, sondern auch an Universitäten. Das betrifft im Übrigen auch nicht nur MINT-Fächer. Auch wenn das jetzt im Moment richtig ist, wollen wir das ausdrücklich gesagt haben.

Zweitens. Wir freuen uns für jede einzelne Kommune, die durch dieses Fachhochschulausbaugesetz Hochschulstandort wird. Auch wir wissen, die Anbindung an Wissenschaft und Forschung und damit die Möglichkeit zu hochwertigen akademischen Ausbildungen kann für viele Betriebe gerade im mittelständischen Bereich ausgesprochen wichtig sein. Herr Lindner, trotzdem muss es doch erlaubt sein, Kritik zu üben.

(Christian Lindner [FDP]: Ja, klar!)

Dies ist auch richtig. Wir reden nicht über die Lösung des Studienplatzproblems, das spätestens mit dem doppelten Abiturjahrgang 2013 auf uns zukommt. Einige von Ihnen wollen immer diesen Eindruck erwecken. Wir reden heute insgesamt über 10.000 flächenbezogene Studienplätze, auf denen im Endeffekt insgesamt 15.000 junge Menschen studieren können, wenn man es richtig umrechnet. Wohlgemerkt: Es sind maximal 5.000 Studienanfänger, die ihr Studium an diesen neuen und erweiterten Hochschulen jedes Jahr werden aufnehmen können. Dass es so wenige sind, liegt auch daran,

dass Sie den Weg über neue Standorte statt über einen Ausbau einschlagen.

Das dauert einfach viel zu lange. Sie haben regionalpolitische Erwägungen wichtiger genommen als die Notwendigkeit, so viele Studienplätze wie möglich mit höchster Qualität in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, und zwar mit „Tempo, Tempo“ wie Sie es immer so schön sagen. Sie machen jetzt „langsam, langsam“.

Auch wenn es ein Schritt nach vorne ist, dauert es uns viel zu lange. Wir liegen zurück. Herr Lindner, Sie wissen, beim doppelten Abiturjahrgang 2013 reden wir nicht über 5.000, sondern über 50.000 zusätzliche Studienberechtigte in einem Jahr. Das sind 70.000 mehr als im Jahr 2005. Wir hängen beim Schaffen von Studienplätzen hinterher. Diese 10.000 Studienplätze, durch die am Ende jedes Jahr 5.000 Studentinnen und Studenten zusätzlich anfangen können, beseitigen in keiner Weise das Problem, das wir mit 50.000 neuen Studienberechtigten im Jahr 2013 haben. Das ist ganz einfach.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hätte man anders machen müssen. Schon nach eigenen Angaben hätten Sie inzwischen 10.739 zusätzliche Studienplätze schaffen müssen. Für das Jahr 2007 wären es knapp 4.000 und für das Jahr 2008 knapp 7.000 gewesen. Das sind Ihre Zahlen, Herr Minister. Das wäre die Erfüllung des Hochschulpaktes I. In Wirklichkeit hatten wir jedoch erst einmal ein Minus hinzunehmen. Es gab also gar keinen Zuwachs gegenüber 2005.

Das von Bund und Ländern vereinbarte Ziel von 26.000 zusätzlichen Studienplätzen bis zum Jahr 2010 ist faktisch in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr erreichbar. Das ist auch dann nicht mehr der Fall, wenn die neuen Fachhochschulen tatsächlich bis zum Jahresende irgendwie ihren Betrieb aufnehmen werden. Ich dachte, die Zeit der Baracken und Notlösungen sei in Nordrhein-Westfalen endlich einmal vorbei. Dafür wollen Sie auf jeden Fall eintreten.

Der von Ihnen gewählte Weg ist nicht nur teurer, sondern auch langsamer. Es wäre sehr viel besser, den Ausbau der bestehenden Systeme hinzubekommen.

Dass die Repräsentanten der Orte und Hochschulen, die neu gegründet werden sollen, Feuer und Flamme sind, können wir gut verstehen. Das tragen wir mit und begrüßen es auch. Das ist in Ordnung. Das löst aber nicht das eigentliche Problem, das wir in Nordrhein-Westfalen haben.

So wichtig, wie uns jeder neue Studienplatz ist, der mit diesem Gesetz an einer neuen Fachhochschule entsteht, so kommen Sie für den Hochschulpakt I zu spät. Für den Hochschulpakt II und den doppelten Abiturjahrgang sind es jedenfalls viel zu wenige

Plätze. Hochschulpolitisch macht das Ganze überhaupt keinen Sinn.

Herr Minister, ich muss Sie einmal in Schutz nehmen. Dieses Verfahren war eigentlich nicht Ihr Wunsch. Ihr Ministerpräsident ist durch die Lande gezogen und hat gesagt, ich mache da einmal etwas, jetzt kommen auch Wahlen, ich muss mich regionalpolitisch betätigen usw., ich verteile da einmal ein bisschen.

Herr Minister Pinkwart, wahrscheinlich wären Sie lieber auch unserer Linie gefolgt. In Ordnung. Wir wollen Sie in dieser Frage deshalb nicht zu sehr strafen. Der Ministerpräsident hat das erfunden. Sie waren damit nicht einverstanden; am Ende haben Sie es aber gemacht.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Änderungsantrag zu sprechen kommen. Wir wollen diese freihändige Vergabe nicht. Es geht nicht um eine proaktive Vorgehensweise. Wenn jemand proaktiv aufgefordert werden soll, kann man ihn auch auffordern, sich zu bewerben. Dann kann er ein ganz normales Verfahren durchlaufen, bei dem alle Hochschulgremien mitreden können, unter anderem auch die Gleichstellungsbeauftragten.

Wohin wird Ihr Weg führen? Wir werden den Gleichstellungsaspekt noch weniger vertreten haben als es vorher der Fall gewesen ist. Das ist in der Anhörung auch kritisiert worden. Sie werden sich sozusagen freihändig Leute aussuchen. Ob das zum Wohle der Hochschulen sein wird, ist zu bezweifeln. Das hat die Anhörung auch ergeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden deshalb diesem Artikel des Gesetzentwurfs, der mit dem Fachhochschulausbau überhaupt nichts zu tun hat, nicht zustimmen. Daher können wir auch dem gesamten Gesetzentwurf keine Zustimmung geben. Wir bitten um getrennte Abstimmung über die einzelnen Artikel, sodass wir unser Votum in dieser Frage deutlich machen können. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition tut sich schwer; das kann ich verstehen.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Man spürt förmlich, wie zerrissen Sie sind.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Natürlich können Sie nicht übersehen, dass auch Ihre kommunalpolitischen Vertreter vor Ort wie eine Oberbürgermeisterin der SPD dankbar dafür sind, dass es diese Entscheidung der Landesregierung und der Jury gab, um in ihrer Stadt endlich mit einer Fachhochschule zu besseren Perspektiven für junge Menschen und für die regionalen Standorte zu kommen. Es ist für Sie außerordentlich schwer, nicht zustimmen zu können, weil Sie heute an der falschen Stelle eine oppositionelle Haltung zeigen wollen. Das ist das eigentliche Dilemma.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin in den letzten Wochen unterwegs gewesen und habe viele Gespräche vor Ort führen können.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Ich habe in den Rathäusern und in den Kreistagen über alle Fraktionsgrenzen hinweg erlebt, dass diese Entscheidung als eine der ganz zentralen Weichenstellungen für die Zukunft empfunden worden ist – sowohl dort, wo es neue Fachhochschulen geben wird, als auch dort, wo es neue Fachhochschulabteilungen oder Studienorte geben wird.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Herr Groth, an Ihren Ausführungen war bemerkenswert, dass Sie alles so schnell haben wollen. Ich habe gedacht, Ihre Partei stünde für Nachhaltigkeit. Aber das haben Sie anscheinend über Bord geworfen. Wir setzen auf nachhaltige Politik. Deswegen verändern wir mit dieser Entscheidung die Strukturen des Hochschulsystems in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir ändern es in vielerlei Hinsicht zum Positiven. Vor allen Dingen geht es uns um die jungen Menschen mit den Ausgangsbedingungen, bei denen es das größte Defizit leider zur Zeit Ihrer Regierungsverantwortung gab.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist absoluter Unfug!)

– Es tut mir leid, Herr Schultheis, aber ich muss es vortragen. Das bekümmert uns auch heute noch und macht die Situation in Nordrhein-Westfalen sehr schwierig.

Denn wir haben – dafür sollten wir dankbar sein – einen höheren Anteil an Fachhochschulzugangsberechtigten als andere Bundesländer. Wir haben einen etwa gleich hohen Anteil an allgemeinen Hochschulzugangsberechtigten, also an Abiturienten, wie Bayern, Baden-Württemberg oder andere Bundesländer. Aber wir haben einen überproportional hohen Anteil an Fachhochschulzugangsberechtigten. Anders als andere Bundesländer haben Sie uns eine Hochschulstruktur hinterlassen, in der nur jeder vierte Student an einer Fachhochschule studiert, obwohl 40 % der Hochschulzugangsberechtig-

ten eines Jahrgangs eine Fachhochschulzugangsberechtigung haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ganz genau!)

Baden-Württemberg und Bayern schaffen es, 40 % der Hochschulzugangsberechtigten einen Fachhochschulstudienplatz anzubieten. Dort gibt es eine entsprechende inverse Struktur, denn wir haben viele Fachhochschulzugangsberechtigte, aber wenige Fachhochschulplätze.

(Karl Schultheis [SPD]: Dafür haben wir insgesamt weniger Studienplätze!)

Das hat zur Folge, dass wir vor allen Dingen den jungen Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern oder mit Migrationshintergrund nicht die Aufstiegschancen geben können, die sie dringend brauchen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Deswegen wollen wir nachhaltig mehr Fachhochschulstudienplätze schaffen. Das ist die sozialste Politik, die man überhaupt machen kann. Wir reden nicht nur in Sonntagsreden von Aufsteigern, sondern wir wollen das durch Alltagshandeln möglich machen. Deswegen bauen wir die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen aus.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bauen sie auch in einem besonderen Schwerpunkt aus. Die Disziplinen der Naturwissenschaften und der Technik eröffnen gerade jungen Menschen mit Zuwanderungshintergrund bessere Aufstiegschancen, und sie sind gerade für die mittelständische Wirtschaft wichtig. Denn trotz der Krise haben wir einen massiven Fachkräftemangel in den Ingenieurbereichen, der sich im nächsten Aufschwung auch demografiebedingt in einer Weise verschärfen wird, dass der Standort Nordrhein-Westfalen nachhaltig negativ berührt würde, wenn wir an der Stelle nicht endlich Abhilfe schaffen.

Sie haben damals die Entscheidung getroffen, die Gesamthochschulen in Universitäten umzuwandeln. Sie haben einen Fachhochschulzugangsweg gekappt

(Zuruf von der SPD: Dann tun Sie etwas!)

und keine neuen Fachhochschulen geschaffen. Das hätten Sie damals schon tun können. Wir machen das zunächst einmal über den Hochschulpakt, indem wir die vorhandenen Fachhochschulen und Universitäten ausbauen, Herr Groth. 50 % der Hochschulpaktmittel fließen an die bestehenden Fachhochschulen, um sie mit mehr Plätzen auszustatten. Auch dabei liegt der Schwerpunkt auf den MINT-Fächern.

26.000 Studienanfängerplätze wollen wir nicht an den neuen Fachhochschulen schaffen, sondern wir schaffen sie in dem bestehenden System, Herr

Groth. Sie werden sehen, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011 dieses Ziel erreichen wird.

(Karl Schultheis [SPD]: Das werden Sie nicht!
– Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Mit den anderen Ländern verhandeln wir gerade im Hochschulpakt Teil 2 darüber – die SPD hat das Vorhaben in der GWK leider zum Scheitern gebracht, sonst hätten wir es am Dienstag schon abschließen können –, bis 2015 weitere 90.000 Studienanfängerplätze bereitzustellen. Davon werden etwa 10.000 Plätze auf die neuen Fachhochschulen und 80.000 auf die vorhandenen Hochschulen entfallen, die es weiter auszubauen gilt.

Ich hatte Ihnen vorgetragen, dass wir mit dem Hochschulmodernisierungsprogramm in den nächsten Jahren ein milliardenschweres Programm durchführen, mit dem wir die vorhandenen Hochschulen in einer Weise modernisieren, wie Sie es damals schon längst hätten tun können. Sie haben uns einen riesigen Sanierungsstau hinterlassen, den wir abarbeiten wollen.

Indem wir das tun, nutzen wir überlappende Kapazitäten bestehender und neu errichteter Gebäude, um an vorhandenen Hochschulstandorten den doppelten Abiturjahrgängen und den zusätzlichen Studierenden, die wir Anfang des nächsten Jahrzehnts erwarten, qualitativ hochwertige Studienplätze in Nordrhein-Westfalen anbieten zu können.

Das ist ein großer Kraftakt für mehr soziale Mobilität. Das ist ein großer Kraftakt zur Stärkung der ingenieurwissenschaftlich-technischen Nachwuchskräfte in unserem Land, auf die wir dringend angewiesen sind.

Ich möchte Sie noch kurz über den Stand der Umsetzung informieren, der wahrlich mit hohem Tempo voranschreitet. Ich hatte Ihnen mit Einbringung des Gesetzes bereits mitteilen können, dass wir unmittelbar zu Jahresbeginn bereits Gründungsbeauftragte benannt haben. Wenn Sie das Gesetz im Hohen Hause verabschiedet haben und es zum 1. Mai in Kraft getreten ist, werden aus unseren Gründungsbeauftragten Gründungspräsidenten und -vizepräsidenten.

Diese Gründungsbeauftragten arbeiten bereits, und ich möchte mich ganz herzlich bei Prof. Klaus Zeppenfeld für Hamm-Lippstadt, bei Frau Prof. Marie-Luise Klotz für Rhein-Waal und bei Herrn Prof. Eberhard Menzel für die Flughafen Westliches Ruhrgebiet ganz herzlich für die in den letzten Wochen geleistete Aufbauarbeit bedanken.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir sind mit den Worten angetreten: Die neuen Fachhochschulen werden ab Wintersemester 2010/2011 die ersten Studienanfänger aufnehmen. Alle drei Gründungsbeauftragten und ihre Teams haben gesagt: Das machen wir nicht erst 2010/2011, sondern schon zu diesem Wintersemes-

ter. – Ich freue mich, Ihnen das heute mitteilen zu dürfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte mich bei den regionalen Akteuren, den Vertretern unserer Städte und Gemeinden, den Kreisen und der Wirtschaft in unserem Land bedanken, dass sie die Gründungsbeauftragten und ihre Teams so tatkräftig in dieser Aufbauleistung unterstützen. Auch das ist Ausdruck der Aufbruchstimmung, die wir in diesen Regionen erleben. Mittelständische Unternehmen, aber auch Weltfirmen beteiligen sich mit Stiftungsprofessuren und anderen Unterstützungen daran, dass diese neuen Fachhochschulen ein Erfolg werden.

Der Landrat des Kreises Wesel hat die Gründung der neuen Fachhochschulen einen einmaligen Vorgang genannt – einmalig vor allem, weil wir den Regionen so viel Spielraum bei der Ausgestaltung auch der Fachhochschulschwerpunkte lassen.

All das zeigt, dass die Fachhochschulen auf ein hervorragendes Echo stoßen, dass man sie als echte Chance zur Entwicklung unseres Landes greift.

Lassen Sie mich abschließend den Mitgliedern der Jury ganz herzlich danken, die diese Entscheidung getroffen hat – eine Jury, hochkompetent besetzt mit Fachhochschulwissenschaftlern, Vertretern der Wirtschaft und langjährig profilierten Wissenschaftspolitikern. Diese Jury hat im Übrigen auch die Idee hervorgebracht, Studienorte uns, der Landesregierung, und Ihnen als Landtag anzuempfehlen – auch diese kleinen Standorte, von denen eben gesprochen wurde,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Mikrostandorte!)

an denen vielleicht künftig nur 40 oder 50 Studierende ihr Studium aufnehmen werden. Ich frage Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete: Ist das nicht auch ein Stück Antwort auf Nordrhein-Westfalens Struktur. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur von Metropolen und Großstädten geprägt, Nordrhein-Westfalen ist auch vom ländlichen Raum geprägt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben hoch leistungsfähige mittelständische Unternehmen, das Rückgrat unserer Wirtschaft, das Rückgrat unseres Wohlstands. Hier werden die Arbeitsplätze geschaffen. Wenn wir als Land nicht die Voraussetzung dafür schaffen, dass der ländliche Raum in den nächsten Jahren und Jahrzehnten – auch vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderung – so attraktiv bleibt, dass junge Menschen, die dort geboren werden, sagen: „Das ist auch für uns eine attraktive Heimat in der Zukunft“, werden wir erleben, dass uns die besten Köpfe abwandern, möglicherweise über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus.

(Beifall von CDU und FDP – Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

Andere Länder erleben das im Moment. Wir wollen das verhindern. Deswegen bin ich der Jury unter Vorsitz von Dr. Fritz Schaumann ausgesprochen dankbar, dass sie uns auch mit den Studienorten einen Weg gewiesen hat, wie wir es schaffen, den Hochschulstandort so zu entwickeln, dass auch der ländliche Raum eine dynamische Perspektive erfährt.

Ich danke dem Landtag sehr herzlich für die Unterstützung dieses Gesetzes.

(Beifall von CDU und FDP – Christof Rasche [FDP]: Hervorragend!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Pinkwart. – Für die SPD hat Frau Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Minister hat gerade ausgeführt, dass er meint erkannt zu haben, dass die Opposition ein Dilemma mit dem Fachhochschulgesetz hätte. Nein, wir haben – das kann ich Ihnen versichern – kein Dilemma damit. Wenn ein Wettbewerb stattfindet, ist es doch völlig normal und klar, dass es viele Bewerbungen gibt, dass es Gewinner und Verlierer gibt und dass die Gewinner sich freuen.

Welcher Kommune, welchen Kommunalpolitikern, egal welcher Couleur, sollte ich vorwerfen, sich zu freuen, wenn er oder sie zusätzliche Fachhochschulplätze bekommt. Das ist eine völlig normale Sache. Dazu kann ich jeder Kommune nur gratulieren, wenn sie denn zu den Gewinnern gehört.

Wir in diesem nordrhein-westfälischen Parlament haben aber eine ganz andere Aufgabe. Es geht doch nicht darum, an einigen Stellen im Land ein bisschen Freude zu bereiten und viel mehr Verlierer zu hinterlassen, sondern darum, ein ausgewogenes, ein schlüssiges Konzept vorzulegen. Sie meinen, in der Vergangenheit graben und uns anzuhängen zu müssen, in der Vergangenheit nicht ausreichend Fachhochschulplätze geschaffen zu haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Genau so ist es!)

– Herr Kuhmichel, ganz ruhig! Das, was Sie jetzt an Argumenten bringen, holt Sie 2010 wieder ein. Daran sollten Sie denken. Wenn Sie Ihre Mehrheit wieder abgegeben haben, kriegen Sie alles wieder zurück.

(Lachen von CDU und FDP)

Seien Sie sehr vorsichtig, vor allen Dingen sehr vorsichtig, mit Bayern zu argumentieren. Es ist zwar richtig, was Sie sagen, wenn Sie sich, bezogen auf die Fachhochschulplätze, die Rosinen herauspi-

cken. Wenn Sie sich aber die Gesamtstudienplätze anschauen, liegt Bayern nicht weit oben. Bayern können wir uns da überhaupt nicht zum Vorbild nehmen. Wenn Sie Bayern nennen, sollten Sie auch noch beachten, dass Bayern das Schlusslicht derjenigen Länder ist, die die jungen Menschen überhaupt qualifizieren und sie mit einer Zugangsberechtigung zum Studium ausstatten. Da ist Nordrhein-Westfalen Spitze, und zwar nicht, seitdem Sie dran sind, sondern seitdem und solange die Sozialdemokraten in diesem Land mitregiert haben.

(Zuruf)

– Ich brauche keinen Applaus der Opposition, ich weiß auch so, dass die mir zustimmen. Und dass Sie mir nicht applaudieren – ich bin ja schon froh, wenn Sie zuhören –, kann ich ertragen.

(Unruhe von CDU und FDP)

Was das Zuhören betrifft, Herr Lindner, so habe ich Ihnen sehr genau zugehört. Es gibt in der Tat zwei Dinge, bei denen ich Ihnen zustimmen kann. Erstens: Sie haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Zweitens: Sie haben gesagt, Sie hätten ein Projekt begonnen. Auch dem kann ich zustimmen.

Aber dem Rest, den Sie hier gesagt haben, kann man überhaupt nicht zustimmen. Beispielsweise führen Sie Ihre Wettbewerbsphilosophie genau an diesem Projekt ad absurdum. Sie haben einen Wettbewerb mit Kriterien ausgeschrieben, an die Sie sich anschließend nicht mehr gehalten haben.

(Zustimmung von der SPD)

Das führt zu großem Unmut im Land. Das hat die Anhörung mehr als deutlich bewiesen. Sie haben als ein Kriterium ausgelobt: 5.000 neue Plätze in vom Rückzug des Steinkohlebergbaus betroffenen Regionen. – Ich finde es schon sehr interessant, wie Sie diese Regionen anschließend definieren. Vor dem Hintergrund genau dieses Kriteriums haben sich Regionen aufgemacht und haben auch dem zweiten Kriterium Genüge getan, indem sie einen regionalen Konsens herbeiführten. Und was ist daraus geworden? – Im Papierkorb sind diese regionalen Konsense gelandet. Sie sind nicht berücksichtigt worden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vergegenwärtigen wir uns doch einmal, was der Bürgermeister der Stadt Kamp-Lintfort, Herr Dr. Christoph Landscheidt, in der Anhörung gesagt hat – mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich –:

Unsere Bewerbung ist das Ergebnis einer in dieser Form einzigartigen und langjährigen interkommunalen Zusammenarbeit von vier Städten auf dem Gebiet der Struktur- und Wirtschaftsförderung.

– Herr Lindner, nehmen Sie sich das zu Herzen. –

Die vier Städte Moers, Rheinberg, Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn repräsentieren das Steinkohlerückzugsgebiet am linken Niederrhein. ... Die gemeinsame Bewerbung der vier Städte um eine Fachhochschule war maßgeblich durch die Aussage der Landesregierung in der Ausschreibung motiviert, dass bis zu 5.000 Studienplätzen in den unmittelbar vom Kohlerückzug betroffenen Städten geschaffen werden sollten.

Diese Städte haben Tausende Arbeitsplätze im Bergwerk verloren. Sie wissen, Bergwerk West steht jetzt auch noch an. Da gehen weitere 4.600 Arbeitsplätze verloren. Sie wissen, dass durch die Schließung des BenQ-Werks in Kamp-Lintfort Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Und dann müssen die zur Kenntnis nehmen: Nein, ihr regionaler Konsens wird zerschlagen, Kamp-Lintfort wird Annex von Kleve, weil Kleve der Hauptsitz wird und eben nicht Kamp-Lintfort. – Dann gehen auch noch die Zahlen durch die Öffentlichkeit, dass Kamp-Lintfort möglicherweise noch 500 Plätze bekommt und dass 2.000 nach Kleve gehen. Das ist, meine ich, der Punkt, der Unmut schafft und wo Sie sich nicht an Ihre eigenen Kriterien halten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heike Gebhard (SPD): Nein, jetzt nicht.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie gestatten keine Zwischenfrage.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Heike Gebhard (SPD): Man kann sich auch die nächste Frage anschauen. Genauso ist es der Emischer-Lippe-Region ergangen. Der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen hat uns in der Anhörung gesagt, dass ein regionaler Konsens – moderiert von dem Regierungspräsidenten und schriftlich niedergelegt – ausdrücklich herbeigeführt worden ist. Und dass es sich bei dieser Region um ein Steinkohlerückzugsgebiet handelt, kann man nun wirklich nicht bezweifeln. Und was wird berücksichtigt? Was wird entschieden? – 40 Plätze in Ahaus – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – sollen dafür bereitgestellt werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit haben Sie, meine ich, den Anspruch, Wettbewerbe ordentlich durchzuführen, längst verspielt.

Wenn klare Fragen gestellt werden, wie: „Warum findet eine Ungleichbehandlung statt?“, „Warum wird Kleve geraten, sich mit den Nachbarhochschulen abzustimmen?“ und „Warum wird Kleve aber nicht geraten, sich mit Abteilungsstandort Bocholt

der Fachhochschule Gelsenkirchen zu beraten, obwohl dort die gleichen Studiengänge vorhanden sind?“, dann ist der Juryvorsitzende nicht in der Lage, sie zu beantworten.

Wenn gefragt wird „Warum wird der Antrag von Gelsenkirchen als fundiert bezeichnet, aber trotzdem nicht berücksichtigt?“, wird keine Begründung gegeben. Wenn gefragt wird „Warum wird, wenn eine Entscheidung zugunsten Mülheim-Bottrop ausfällt, nicht wie an anderen Standorten der Auftrag erteilt, sich mit der Nachbarfachhochschule Gelsenkirchen abzustimmen?“, gibt es keine Antwort.

Warum gibt es denn keine Antwort? – Es kann nur eine Begründung geben: Es wäre Ihnen selbst peinlich, weil es das Ganze keine Logik hat, sondern politisch so gewollt war.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und infolgedessen kann man nicht von einem tollen Erfolg dieser Maßnahme sprechen. Es ist eine politische Gießkanne, die Sie ausgeschüttet haben, aber es ist kein vernünftiges hochschulpolitisches Konzept. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Wie ich gehört habe, wünscht der Abgeordnete Groth noch einmal das Wort. Bitte schön.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe extra gewartet, bis Sie wieder da sind. Es macht sonst auch gar keinen Spaß. Dass Sie den ganzen Tag bei einem so wichtigen Thema lieber in der Kantine sitzen ...

(Unruhe bei CDU und FDP – Zuruf von der FDP: Das ist unverfroren!)

Der Minister spricht davon, die Abwanderung der besten Köpfe verhindern zu wollen. Dann tun Sie das auch, Herr Minister. Mit Ihren 5.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen schaffen Sie jedenfalls keine Lösung für die 50.000 jungen Menschen, die wir allein durch den Abiturjahrgang 2012/2013 mehr haben werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann werden wir sogar 70.000 neue Studienanfänger haben im Vergleich zu 2005. Das ist keine Lösung. Das ist zu langsam und viel zu wenig. Da sind wir übrigens überhaupt nicht zerrissen. Ich habe gesagt, als Grüne begrüßen wir jeden Studienplatz – ganz egal, wo er geschaffen wird –, weil wir ihn nötig haben, vielleicht nötiger, als Sie wissen. Deshalb reden wir darüber, dass Sie schneller machen müssen. Sie müssen wirklich endlich einmal ernst nehmen, was Sie selbst dauernd sagen, nämlich „Tem-

po, Tempo!“. Ich erlebe, dass Sie zu langsam und zu kurz springen.

Wenn es um Nachhaltigkeit geht, Herr Minister, lassen Sie sich das ins Stammbuch schreiben: Nachhaltigkeit hat etwas mit Verlässlichkeit und am Ende auch mit Durchhalten zu tun. Was passiert denn mit den Ministudienorten? – Die haben keine Mensa, keine Bibliothek, keine Labore; dort sind vielleicht 40 Studentinnen und Studenten. Was glauben Sie denn, was passiert? Was werden Sie denn tun, wenn die demografische Kurve in Bezug auf die Studienanfängerzahl nicht mehr hochgeht wie im Moment. Schaffen Sie die Studienplätze in der entsprechenden Anzahl da, wo es sinnvoll und kostengünstig ist, und machen Sie nicht solche kleinen Dinger, die am Ende nichts bringen und worauf sich die Studentinnen und Studenten nicht verlassen können, dass sie in zehn oder 15 Jahren dort noch studieren können, wenn die demografische Kurve wieder heruntergeht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das nennt man zukunftsweisenden Strukturwandel!)

Sie schaffen sich heute ein Problem, das sie am Ende nicht lösen können.

Zu den Fragen des Verfahrens, was die Kommission eigentlich gemacht hat und wie am Ende entschieden worden ist, hat Frau Gebhard Ihnen schon einiges gesagt. Dieses Verfahren war nicht transparent. Am Ende sind mehr Fragen offen, als Antworten gegeben worden sind. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Lieber Herr Groth, ich habe die herzliche Bitte – ich glaube, ich spreche für das ganze Parlament –, denjenigen, die nicht im Plenarsaal sitzen, nicht zu unterstellen, sie würden in der Kantine sitzen.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN – Zustimmung von Ewald Groth [GRÜNE])

Im Übrigen hatten Sie darauf hingewiesen, dass Sie eine getrennte Abstimmung haben wollten, Herr Kollege Groth. Dazu haben Sie jetzt nichts gesagt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das hat er eben schon gesagt! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wir möchten eine getrennte Abstimmung!)

– Sie wollen eine getrennte Abstimmung. – Herr Prof. Pinkwart, bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Groth, falsche Argumente werden nicht dadurch besser, dass man sie wiederholt.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen weise ich für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zurück, dass es kein Konzept für den Bedarf an neuen Studienanfängerplätzen im kommenden Jahrzehnt geben würde. Wir sind das letzte große Flächenland mit dem doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2013 und waren das erste, das mit dem Instrument Hochschulpakt genau den Masterplan für Deutschland insgesamt mit angemahnt und vorbereitet hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn das von Ihnen mitregierte Bremen und die SPD-Länder es diese Woche nicht verhindert hätten, hätten wir auch schon Teil zwei beschließen können. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall von CDU und FDP – Karl Schultheis [SPD]: Welcher Masterplan?)

Dann empfehle ich den von Ihnen mitgetragenen Regierungen, nachzuarbeiten, wie dort versucht wird, erneut den Flächenländern die notwendigen Kofinanzierungsmittel des Bundes streitig zu machen, weil Sie an der Stelle des Aufwuchses von Studienplätzen Ihre Finanzausgleichsinteressen maximieren wollen, statt die Interessen der Studierenden im Blick zu haben. Das ist die Wirklichkeit, mit der Sie sich einmal auseinandersetzen sollten.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Karl Schultheis [SPD])

Ein zweiter Punkt, lieber Herr Groth, und das ist wirklich ganz toll gewesen. Weil das Wetter so schön ist, möchte ich das zur Erheiterung abschließend sagen: Sie halten uns vor, wir planten Studienorte, die den heute und in den nächsten Jahren dort Studierenden nicht die Sicherheit geben würden, dass sie noch in 15 oder 20 Jahren dort studieren könnten. Ich glaube, das ist nicht die Fragestellung, die wir betrachten sollten, wenn es uns um eine gute Zukunft der jungen Menschen geht.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Dann versprechen Sie das doch! Geben Sie endlich die Zusage!)

Das war damals Ihre Perspektive, weil es Ihnen egal war, wie lange die jungen Menschen studieren mussten, um zu einem Abschluss zu kommen.

(Beifall von der CDU)

Wir wollen, dass diejenigen, die ein Studium anfangen, es innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zu einem Abschluss bringen. 15 Jahre brauchen sie bei uns in Zukunft nicht mehr! – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Heiterkeit von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart – Karl Schultheis [SPD]: Sie lachen über sich selbst!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8935** ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur **Beschlussempfehlung** und zum Bericht des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie **Drucksache 14/8895**. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8290 in geänderter Fassung anzunehmen. Da der Wunsch geäußert worden ist, über die einzelnen Artikel abzustimmen, tun wir das. Dabei habe ich die herzliche Bitte, Artikel 4 und 5 zusammenfassen zu dürfen,

(Zustimmung von den GRÜNEN)

weil Artikel 5 nur das Inkrafttreten betrifft.

Also stimmen wir zunächst über **Artikel 1** ab. Wer diesem Artikel seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Artikel **angenommen**.

In **Artikel 2** geht es um die Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen. Wer für Artikel 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordnete Sagel. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Artikel 2 **angenommen**.

In **Artikel 3** geht es um die Änderung des Gesetzes über weitere dienstrechtliche und sonstige Regelungen im Hochschulbereich. Wer ist für Artikel 3? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist Artikel 3 **angenommen**.

Nun stimmen wir gemeinsam über **Artikel 4**, der die Änderungen der Hochschulleistungsbezügeverordnung betrifft, und **Artikel 5** ab, der das Inkrafttreten regelt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind diese beiden Artikel **angenommen**.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die **Beschlussempfehlung** und den Bericht **Drucksache 14/8895**. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 14/8895 **angenommen**.

Wir nähern uns nun zügig dem nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf:

7 Frühe Bildung für alle

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8880

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Veldhues von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Elisabeth Veldhues (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich warte noch einige Minuten, da ich sehe, dass einige dringend in ihre Büros müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, beim besten Willen, Ihre Redezeit läuft.

Elisabeth Veldhues (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Kind hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. – Ich glaube, dieses kann man unbestritten über alle Fraktionsgrenzen hinweg sagen.

Kinder haben vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Diese Grundansprüche gelten natürlich auch für Kinder mit Behinderung und auch für Kinder, die von einer Behinderung bedroht sind. Sie gehören damit zum Personenkreis der Kinder, für die die sogenannte Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch gilt.

Das war nicht immer selbstverständlich. Den Anspruch auf Betreuung und Förderung, wie zum Beispiel die Erziehung und Bildung behinderter Kinder in Tageseinrichtungen durchzusetzen, war ein langer und beschwerlicher Prozess.

In der Jugendhilfe traten diese Kinder zunächst nicht in Erscheinung, weil sie ja in heilpädagogische Einrichtungen gingen, die von der Sozialhilfe finan-